Thüringer Allgemeine

Bürgerinitiative: Beiträge für Straßenausbau aussetzen

26.09.2016 - 14:37 Uhr
Erfurt (dpa/th) - Angesichts der Hängepartie bei der Neuregelung der Beiträge für den Straßenausbau dringt die Bürgerallianz gegen überhöhte Kommunalabgaben auf mehr Rechtssicherheit für die Thüringer. Bis zum Inkrafttreten dürften keine Beiträge erhoben werden, forderte der Landesvorsitzende Wolfgang Kleindienst am Montag.

-
Blick auf Straßenbauarbeiten mit Baufahrzeugen. Foto: Martin Schutt/ Archiv Foto: Martin Schutt

Das Innenministerium prüft derzeit, ob Anlieger von Straßen nur noch dann zur Kasse gebeten werden sollen, wenn die Bauarbeiten nach dem 1. Januar 2006 abgeschlossen wurden. Ein erster Gesetzentwurf sah eine Stichtagsregelung zum 1. Januar 2000 vor. Dieser Vorschlag war im Frühjahr ins Kabinett eingebracht worden.
Die Bürgerinitiative fordert die komplette Abschaffung dieser Beiträge. Die Praxis der vergangenen Jahre habe bewiesen, dass die meisten Kommunen auch ohne diese Abgabe finanziell auskämen und der Aufwand zur Erhebung «in keinem positiven Verhältnis» zu den Einnahmen stehe. Die Initiative will an diesem Donnerstag parallel zur Plenarsitzung vor dem Landtag demonstrieren. Kleindienst rief die Abgeordneten im Vorfeld dazu auf, «endlich die Ungerechtigkeiten bei Kommunalabgaben» zu beenden.
Martin Schutt / 26.09.16 / DPA